

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freitag, 4. September 2009 - Nr. 205 / 36 D 3

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

1,90 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Berlin, London und Paris gegen exzessive Boni

mas. BERLIN, 3. September. Deutschland, Frankreich und Großbritannien fordern eine wirksame Verhinderung neuer Vergütungsexzesse in der Finanzwirtschaft. Bundeskanzlerin Merkel, Frankreichs Präsident Sarkozy und der britische Premierminister Brown mahnen in einem Brief an die schwedische EU-Ratspräsidentschaft konkrete Beschlüsse auf dem Weltfinanzgipfel der G-20-Staaten Ende September in Pittsburgh an. „Unsere Bürgerinnen und Bürger sind zutiefst schockiert darüber, dass verwerfliche Praktiken wiederaufleben, obwohl Geld der Steuerzahler mobilisiert wurde, um den Finanzsektor auf dem Höhepunkt der Krise zu stützen“, schreiben sie. Die Entspannung der Lage habe bei einigen Finanzinstitutionen den Eindruck entstehen lassen, sie könnten in die vor der Krise üblichen Handlungsmuster zurückfallen. „Dies darf nicht geschehen.“ Gemeinsam mahnen sie konkrete Ergebnisse zur Begrenzung der variablen Vergütungen an. Ein zentrales Thema auf dem Gipfel von Pittsburgh solle die Arbeit an einem internationalen Regulierungsrahmen für den Finanzsektor sein, „der diesen in den Dienst der Realwirtschaft stellt“. Ursprünglich wollten Frau Merkel und Sarkozy den Brief schneller abschicken; offensichtlich hat die Abstimmung des Inhalts mit Brown länger gedauert. (Siehe Wirtschaft, Seite 15.)



Rücktritt – Am Mittwoch teilte die CDU in Thüringen noch mit, es gehe nicht ohne Dieter Althaus. Am Morgen darauf trat er zurück. Hier kommt der Ministerpräsident in seinem Heimatort Heiligenstadt im Eichsfeld am Sonntag gerade vom Wahllokal. Foto: Daniel Pilar

Dieter Althaus gibt auf Merkel: Der Weg für die SPD ist frei

„Keinerlei Druck“ aus der CDU-Führung / SPD: Respekt / Neue Töne aus der Linkspartei

cpm./wus. ERFURT/BERLIN, 3. September. Der thüringische Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende, Dieter Althaus, ist am Donnerstagmorgen von beiden Ämtern zurückgetreten. Die Staatskanzlei und die Fraktion zeigten sich von dem Rücktritt überrascht. Offenbar habe Althaus auf die Verluste der CDU in der Landtagswahl reagiert und auf den anschließenden Druck, durch einen Rückzug den Weg für eine Koalition mit der SPD zu erleichtern. Althaus hatte in der Staatskanzlei „persönliche Gründe“ für seinen Rückzug angeführt, ohne diese offenbar einem größeren Kreis näher zu erläutern. Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Merkel, sagte: „Jetzt ist der Weg frei für die Sozialdemokraten, in ernsthafte Gespräche mit der CDU zur Bildung einer Regierung einzutreten.“ Auch die Bundesführung gab sich überrascht und versicherte, „keinerlei Druck“ ausgeübt zu haben. Noch am Montag habe Althaus im eng-

ten Führungskreis der Partei – darunter auch Frau Merkel – versichert, unter seiner Leitung eine Koalition mit der SPD bilden und die Gespräche dazu selbst führen zu wollen. Frau Merkel hatte am Montag gesagt, ein Rücktritt von Althaus zum Machterhalt der CDU in Thüringen stehe „nicht zur Debatte“. Am Donnerstag sagte die CDU-Vorsitzende, es gebe nun „keine Ausreden mehr für die Sozialdemokraten“, sich Verhandlungen über eine Koalition zu verweigern. CDU-Generalsekretär Pofalla sprach von einer „persönlichen Entscheidung“ von Althaus, die zu respektieren sei.

Die Thüringer Linkspartei, die ebenfalls an einer Koalition mit der SPD interessiert ist, ist nach dem Rücktritt des CDU-Politikers offenbar zu Zugeständnissen an die SPD bereit. „Wir gehen ohne Vorbedingungen in die Gespräche. Und ohne Vorbedingungen heißt: ohne Vorbedingungen“, bekräftigte der Spitzenkandi-

dat der Linkspartei, Ramelow, der bisher beanspruchte, Ministerpräsident in einem rot-roten Bündnis zu werden. Nunmehr sagte er: „Ich kann nicht auf etwas verzichten, was ich noch gar nicht habe.“ Der Vorsitzende der Linke-Bundestagsfraktion, Gysi, sagte: „Entscheidet die SPD sich für ein rot-rotes Regierungsbündnis, dann kann der künftige Ministerpräsident nur von der Linken bestimmt werden.“ Er griff damit eine Formulierung Ramelows aus dem Wahlkampf auf, die offenlässt, ob ein solcher Vorschlag auf einen Linke-Politiker hinausläuft.

Der Thüringer SPD-Vorsitzende Matschie nahm den Rücktritt von Althaus „mit Respekt zur Kenntnis“. An der Position der SPD, „völlig ergebnisoffen in die Sondierungsgespräche mit allen Parteien“ zu gehen, ändere der Rücktritt aber „zunächst nichts“, sagte Matschie. (Siehe Seite 3.)

Slowakei und Ungarn streiten weiter

Die Staatspräsidenten in Gesprächen mit der F.A.Z.: Die anderen sind schuld

F.A.Z. FRANKFURT, 3. September. Die Beziehungen zwischen der Slowakei und Ungarn sind weiterhin und bis zur höchsten Ebene hinauf gespannt. In Gesprächen mit dieser Zeitung machten die Staatspräsidenten beider Länder jeweils die andere Seite für das schlechte Verhältnis verantwortlich. Vor zwei Wochen hatte Pressburg den ungarischen Präsidenten Sólyom zur „unerwünschten Person“ erklärt und ihm einen Besuch in der Stadt Komárno verweigert. Der slowakische Präsident Gašparovič sagte, bei Sólyoms Visite habe es sich um eine „Provokation“ gehandelt. Ungarn wolle nicht davon ablassen, die Slowakei als sein Gebiet anzusehen. Sólyom markiere mit solchen Besuchen „den großen Helden“.

Sólyom bestritt, dass Ungarn Gebietsansprüche an die Slowakei stelle. Er warf Pressburg vor, die ungarische Minderheit

in der Slowakei zu bedrängen. Das novelierte slowakische Sprachgesetz führe zu einer „eklatanten Verschlechterung“ der Möglichkeiten, die Minderheitensprache zu gebrauchen. Damit würden zweiseitige, aber auch multilaterale Abkommen verletzt. Gašparovič äußerte, das Gesetz entspreche internationalen Normen.

Sólyom sagte, die slowakische Führung habe, als sie ihn daran hinderte, in die Slowakei einzureisen, EU-Recht verletzt. Dieser Rechtsbruch müsse geklärt werden. Der Konflikt sei ein Fall für die Europäische Union. Die Slowakei und Ungarn sind seit Mai 2004 Vollmitglieder der EU. Brüssel hat bisher jedoch wenig Interesse daran gezeigt, als Schlichter in diesem Konflikt aufzutreten. Gašparovič wandte sich gegen eine „Internationalisierung des Problems. Ich bin überzeugt, wir müssen es allein lösen.“ Der slowakische Prä-

sident verwarf auch den Vorschlag, einen von beiden Seiten akzeptierten Vermittler einzusetzen. Er sehe nicht, wie das zu einer Lösung führen könne, „solange Forderungen nach einer Revision des Vertrages von Trianon erhoben werden“. Sólyom sagte, es sei „absurd, Ungarn revisionistische Ziele zu unterstellen“.

Ungarn verlor nach dem Ersten Weltkrieg zwei Drittel seines Territoriums. Das wurde 1920 im Vertrag von Trianon festgelegt. Oberungarn fiel an die neugegründete Tschechoslowakei. In der Südslowakei leben mehr als 500.000 ethnische Ungarn. Immer wieder entbrennt Streit darüber, ob die ungarische Minderheit, die in Städten wie Komárno (ungarisch: Komárom) die Mehrheit bildet, zwangsassimiliert wird oder ob sie nicht vielmehr die dort lebenden Slowaken magyarisiere. (Siehe Seite 7.)

Griechenland wählt am 4. Oktober

F.A.Z. FRANKFURT, 3. September. In Griechenland finden am 4. Oktober Parlamentswahlen statt, zwei Jahre vor dem ursprünglich geplanten Termin. Das gab Ministerpräsident Karamanlis am Donnerstag nach einem Treffen mit Staatspräsident Papoulias bekannt. Er und seine Partei Nea Dimokratia brauchten ein „frisches Mandat“, um Griechenland in den kommenden „zwei schwierigen Jahren“ aus der Wirtschaftskrise zu führen. Sollte er die Wahlen gewinnen, wolle er der Schattenwirtschaft „den Krieg“ erklären. (Siehe Zeitgeschehen, Seite 12.)

Wieder Proteste in Urumtschi

fäh. PEKING, 3. September. In Urumtschi, der Hauptstadt der chinesischen Provinz Xinjiang, ist es am Donnerstag abermals zu Protesten gekommen. Demonstranten, offenbar vor allem Han-Chinesen, forderten die Behörden zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung auf. Zuvor war es offenbar zu Angriffen mit Injektionsnadeln auf Passanten gekommen. Hunderte Personen sollen verletzt worden sein. Wer für die Attacken verantwortlich ist, wurde zunächst nicht bekannt. Die Behörden geben an, es habe Festnahmen gegeben. (Siehe Seite 8.)

Berlin denkt über neuen GM-Plan für Opel nach

cru. FRANKFURT, 3. September. Der Autobauer General Motors (GM) sucht weiter nach Wegen, um seine Tochtergesellschaft Opel selbst zu behalten. Dazu würde der Konzern bis zu 1 Milliarde Euro investieren. In Berlin wird zumindest über diese Option nachgedacht. Bisher hatte die Bundesregierung erfolglos zu erzwingen versucht, dass Opel an den Autzulieferer Magna verkauft wird. Betriebsratschef Klaus Franz droht nun, den für eine Sanierung notwendigen Lohnverzicht der Belegschaft zu blockieren. (Siehe Wirtschaft, Seiten 13, 17 und 22.)

Kleine Große

Von Georg Paul Hefty

So sieht eine Politik aus, in der nicht die eigene Stärke, sondern die Partnerschaft zur Prestigefrage geworden ist. Beide bisherigen Volksparteien haben aufgehört, die eigenen Ziele, Programme und Führungsleute für mehrheitsfähig zu halten. Sie setzen nicht mehr darauf, selbst einen möglichst hohen Anteil der Wählerstimmen zu gewinnen, sondern hoffen, dass ein ins Auge gefasster Koalitionspartner die eigene Schwäche wettmacht. Dies hat die kleinen Parteien gestärkt, sogar überheblich gemacht, so dass die FDP schon beleidigt ist, wenn nicht die ganze Union sie hoffiert. Auch die Grünen nehmen sich – wie im Saarland – die Freiheit, CDU und SPD gleichzeitig zappeln zu lassen, wenn sie wohl zur Regierungsmehrheit verhelfen. Die Zeiten, in denen die Klientelparteien dankbar dafür waren, dass eine Volkspartei sie huckepack ins Kabinett mitnahm, sind vorbei. Die Zahl der Kleinen, zu denen im Bund auch die Linke gehört, nimmt zu. Doch nicht ihre eigenen Angebote geben ihnen ihre – wechselnde – Bedeutung, sondern die Ausdünnung des Angebots der Volksparteien.

Der Rücktritt

Von Daniel Deckers

Der Rücktritt des thüringischen Ministerpräsidenten Althaus (CDU) vier Tage nach der Niederlage seiner Partei in der Landtagswahl ist eine befreiende Entscheidung – nicht nur für ihn selbst, sondern auch für seine Partei. Denn in Thüringen entscheidet sich in diesen Tagen auch, unter welchen Vorzeichen die Bundesrepublik in den kommenden Jahren regiert werden wird. Ein Bündnis von SPD und Linkspartei in einem Land, dem die Union seit der Wiedervereinigung ihren Stempel aufgedrückt hat, wäre mehr als nur Wasser auf die Mühlen jener Sozialdemokraten, die in ihrer Partei die Protagonisten der Ära Schröder von der Bühne verdrängen und den Weg für ein Bündnis mit der Linken bereiten wollen.

Publikumswirksame Beteuerungen namhafter SPD-Politiker, mit der Linkspartei sei eine verlässliche Außenpolitik nicht möglich, können nicht verdecken, dass die programmatischen Schnittmengen mit dieser Partei auf vielen Feldern – von der Bildungs- über die Familien- bis zur Sozialpolitik – mindestens ebenso groß sind wie mit den Unionsparteien. Mit seinem Rücktritt hat der Ministerpräsident das Seine getan, damit in Thüringen eine Koalition zwischen Union und SPD als Alternative zu einem rot-roten Bündnis möglich wird.

Doch warum musste Althaus erst eine Wahl verlieren? Noch im Frühjahr gab sich seine Partei sicher, am 30. August bestehen zu können – trotz des Skiunfalls am Neujahrstag, bei dem der Ministerpräsident fahrlässig eine Frau getötet hatte. Allenfalls hinter vorgehaltener Hand wurden Zweifel an der optimistischen Annahme geäußert, Althaus' schwere Verletzungen würden vollständig ausheilen. Nicht unter dem Druck der politischen Gegner von SPD über links bis Grün, die sich das Ende des „Systems Althaus“ auf die Fahnen geschrieben hatten, sondern unter dem Eindruck der Strapazen des Wahlkampfes wurde Freunden und Gegnern des Ministerpräsidenten nach und nach klar, dass die Hoffnung getrogen hatte, es werde mit ihm weitergehen wie bisher.

Nicht nur physisch, auch psychisch war Althaus nicht mehr der dynamische Politiker, der ein Jahr vor der Landtagswahl 2004 das Amt des Ministerpräsidenten von dem landesväterlichen Bernhard Vogel übernommen und es auf Anhieb verteidigt hatte. Nach dem Unfall ins Amt zurückzukehren war Althaus' Entscheidung. Seine Partei trug sie in der Erwartung mit, dass die Thüringer ihm den Respekt dafür nicht versagen würden. Glaubt man dem Stimmungsbild, das Meinungsforscher vor und während der Wahl ermittelt haben, so hat sich die CDU darin nicht getäuscht. Zum Verhängnis wurde der Union ein Umstand, der schon lange vor dem Unfall für alle sichtbar zu Tage getreten war – und unter dem Einfluss des politi-

Obwohl noch niemand bewiesen hat, dass eine kleinere Koalition als die amtierende große im Bund die Wirtschaftskrise besser gehandhabt hätte, vertrauen sich weder die Kanzlerin noch ihr Vizekanzler, eine Neuaufgabe öffentlich zu erwägen. In Thüringen allerdings strebt Frau Merkel genau eine Regierung aus CDU und SPD an. Dafür zeigt sie sich sogar – wenig parteifreundlich – erleichtert über die Selbstaufhebung des größten Hindernisses: „Dieter Althaus hat einen Schritt getan, der nun ernsthafte Gespräche ermöglicht.“ Warum muss es erst zum Chaos kommen, damit eine CDU/SPD-Koalition gerechtfertigt erscheint? Die Überraschung könnte freilich groß werden, wenn die Linke zu einem noch größeren Opfer bereit wäre, um mit Hilfe der SPD endlich eine Landesregierung zu beherrschen – unter Verzicht auf Titel, aber unter Hinweis auf die Mandatszahl.

Auch im Saarland wäre es eine Überlegung wert, es statt mit Dreierkoalitionen mit einer Zweierpartnerschaft zu versuchen. Das brächte die Grünen von der Idee ab, mit allen Wahlberechtigten über den Tag der Bundestagswahl hinaus Katz und Maus zu spielen. Und dies machte den Linken auf Anhieb klar, dass sie nicht insgeheim noch auf eine Regierungsbeteiligung mit SPD und Grünen hoffen dürfen. Das wäre ein nachhaltiges Signal.

schen Stillstands in den Monaten vor dem Beginn des Wahlkampfes nicht mehr korrigiert werden konnte: die personelle und inhaltliche Auszehrung der Partei.

Dass Thüringen kein Land ist, in dem die Bürger aus Dankbarkeit stets die Partei der deutschen Einheit wählen, hat die Union schon vor dem letzten Wahlsonntag immer wieder erfahren. In Bundestagswahlen schnitt die Thüringer CDU meist nicht nur erheblich schlechter ab als in Landtagswahlen, sondern auch als andere Landesverbände. Die Verteidigung der absoluten Mehrheit im Jahr 2004 ließ sich nur vor dem Hintergrund der allgemeinen politischen Stimmung erklären. Althaus reichte das schlechteste Ergebnis der Union seit 1990, um fünf Jahre zu regieren.

In Thüringen wird es nun leichter, über eine Koalition von CDU und SPD zu verhandeln.

In dieser Zeit hat er das von seinem Vorgänger Vogel angesammelte politische Kapital zwar zusammengehalten, aber nicht vermehrt. Thüringen steht auf vielen Gebieten – von der Wirtschaftsstruktur über die Arbeitslosigkeit, die innere Sicherheit bis hin zu der Schul- und Hochschulpolitik – nicht nur unter den neuen Ländern, sondern auch im bundesweiten Vergleich gut da. Doch muss eine Bilanz wie diese nicht nur den eigenen Anhängern einleuchten, sondern auch den politischen Gegner in der Defensive halten können und die gerade im Osten übermächtigen wechselbereiten Wähler überzeugen. Die Kabinettumbildung, mit der im Frühjahr vergangenen Jahres zwei Drittel der Ministerämter neu besetzt wurden, wirkt nicht erst im Rückblick als ein Vorzeichen kommenden Ungemachs. Wenn überhaupt ein Signal des Aufbruchs von den Frühlingstagen 2007 ausgegangen sein sollte – am Neujahrstag 2008 erstarrte es zu Eis.

Dennoch scharte sich der CDU-Landesvorstand nach der verlorenen Wahl zunächst noch einmütig um den Ministerpräsidenten. Das Kalkül war richtig: Sollte die SPD nur um den Preis des Amtsverzichts von Althaus zu einem Regierungsbündnis bereit sein, dann wäre es sinnvoll, den Preis so hoch wie möglich zu treiben, um ihn am Ende von Koalitionsverhandlungen und nicht, wie jetzt, schon vor Beginn der Sondierungsgespräche zu zahlen. Doch am Mittwoch war es mit der Geschlossenheit der CDU vorbei. In der alten Landtagsfraktion machte die Parteibasis indirekt ihrem Unmut Luft. Nicht einmal 24 Stunden später fiel die Entscheidung, die Althaus auch um seiner selbst willen schon im Frühjahr hätte treffen müssen.

Heute

Die jungen Mildern

Efron, Tisdale, Cyrus, Lautner, Bieber: Fünf Stars der Kids, die man kennen muss, um in pubertären Debatten mitreden zu können. Deutschland und die Welt, Seite 9

Späte Zuwendung

Westerville war nie politischer Ziehsohn Genschers. Heute hilft der Ältere dem Jüngeren als Ratgeber und Wahlkämpfer. Der eine kann es brauchen, der andere genießt die Aufmerksamkeit. Politik, Seite 3

Ahmadineschads Regierung

Das iranische Parlament hat die Regierung des Präsidenten gebilligt. Nach scharfer Kritik wurden nur drei Kandidaten abgelehnt. Die Geistlichkeit wurde weiter entmachtet, das Militär gestärkt. Politik, Seite 8

Ein Seebad in Not

Vor hundert Jahren war Blackpool die Wiege des Massentourismus. Doch seit Jahrzehnten schrumpfen die Besucherzahlen. Das britische Seebad kämpft um seine Zukunft. Wirtschaft, Seite 13

Die Nerven der Stürmerin

Birgit Prinz, bei der Fußball-Europameisterschaft bisher kaum zu sehen, berichtet mit offener Zunge von Worten vom Innenleben einer verhinderten und von der Kritik verletzten Torjägerin. Sport, Seite 31

Die NPD marschiert

In manchen Gegenden von Sachsen ist die NPD stark. Sie plakatiert, was das Zeug hält und inszeniert sich als bürgerliche Partei. Ihr wahres Gesicht zeigen die Rechtsextremen auf der Straße. Feuilleton, Seite 35

Knapp behauptet

Obwohl die Finanzkrise die Immobilienwirtschaft heftig erschüttert hat, geht die Ausstellerzahl auf dem wichtigsten deutschen Branchentreff in diesem Jahr nur moderat zurück. Immobilienmarkt, Seite 39



Briefe an die Herausgeber	11	Zeitgeschehen	12	Branchen und Märkte	21	Sport	31
Immobilienmarkt	39	Wirtschaft	13	Wetter	22	Feuilleton	33
Deutschland und die Welt	9	Menschen und Wirtschaft	14	Finanzmarkt	23	Medien	37
Das Kreuzworträtsel	10	Unternehmen	17	Kurse	26	Fernsehen und Hörfunk	38